



Die Kammer sind WIR!

Unser Plan für die Abschaffung der Zwangsbeiträge

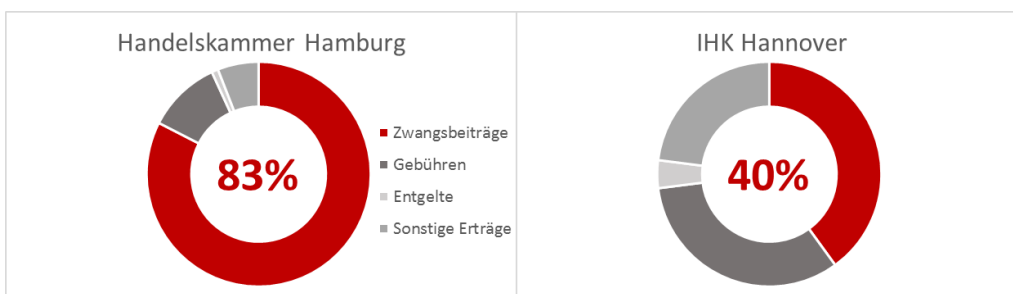
Die Zwangsbeiträge müssen abgeschafft werden. Zwangsbeiträge sind Gift für die Leistungsfähigkeit einer jeden Organisation, auch der Handelskammer Hamburg. Sie führen zu Bequemlichkeit und Selbstzufriedenheit. Mit Zwangsbeiträgen kassiert die Handelskammer unser Geld – egal, ob wir die Leistungen brauchen und egal, wie zufrieden wir mit diesen sind. Wettbewerb ist unbequem, das wissen wir Unternehmer – aber er ist der Motor für Fortschritt.

Künftig sollen Mitglieder zwischen einer beitragsfreien Basismitgliedschaft und einer beitragsgebundenen Premiummitgliedschaft entscheiden können. Die Handelskammer wird ihre Aufgaben auch mit freiwilligen Beiträgen finanzieren können.

Wie kann die Finanzierung der Handelskammer ohne Zwangsbeiträge gelingen?

1. Die Abhängigkeit von Beiträgen muss abgebaut werden.

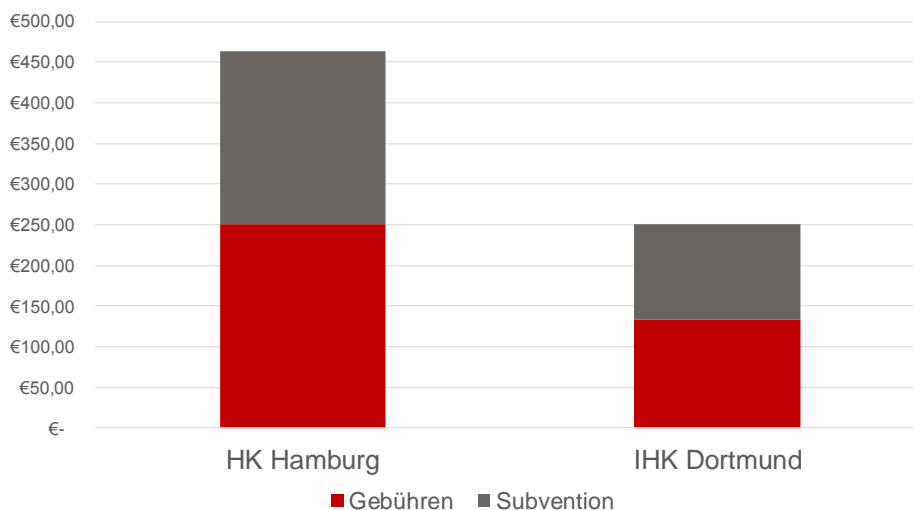
Zwangsbeiträge sind bequem, es reicht ein Beschluss des Plenums und die Geldquelle sprudelt. Die Handelskammer Hamburg hat sich dadurch in eine bedenkliche Abhängigkeit der Zwangsbeiträge begeben. (Zwangs-)Beiträge sind aber nicht die einzige Einnahmemöglichkeit einer Kammer. Dass es anders geht, zeigt heute schon der Blick nach Hannover. Während die Handelskammer Hamburg zu 83 Prozent am Tropf der Zwangsbeiträge hängt, sind es bei der IHK Hannover nur 40 Prozent.



Freiwillige Beiträge werden nicht das Aufkommen generieren wie Zwangsbeiträge. Deshalb muss die Finanzierung auf breitere Beine gestellt werden.

2. Gebühren müssen kostendeckend erhoben werden

Die Handelskammer Hamburg subventioniert gebührenabhängige Leistungen im erheblichen Maße. So decken die Ausbildungsgebühren heute nur 54 Prozent der Kosten. Auch hier lohnt ein Blick nach Hannover. Dort decken die Ausbildungsgebühren 100 Prozent der Kosten. Muss bei Kostendeckung die Handelskammer dann nicht die Gebühren fast verdoppeln? Nicht unbedingt. Auch hier hilft ein Blick über unsere Stadtgrenzen – diesmal nach Dortmund:



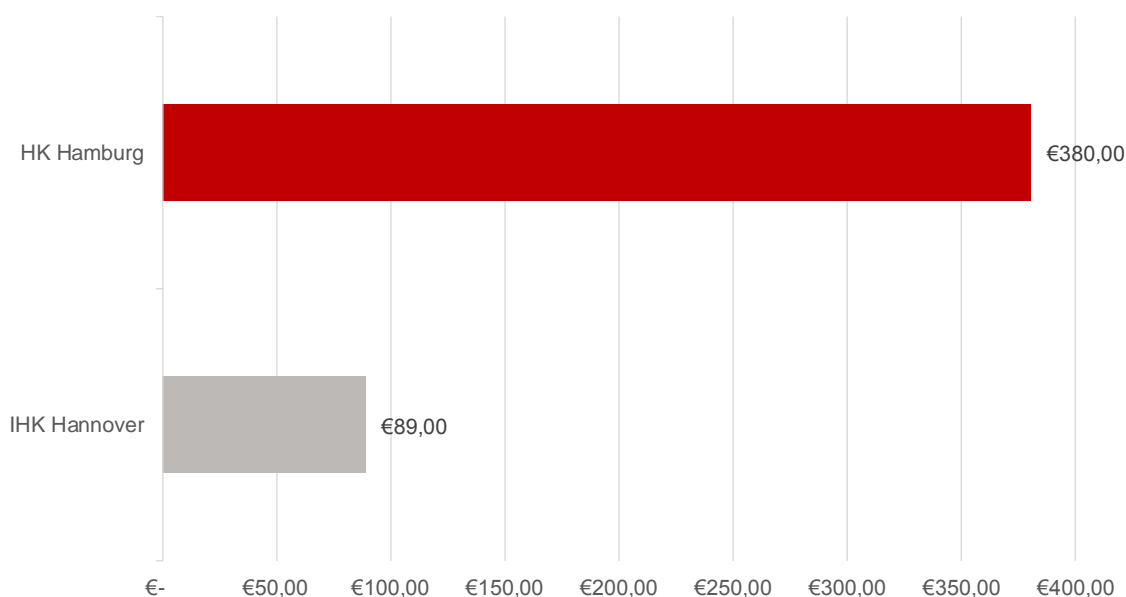
Für die Eintragung und Prüfung eines Ausbildungsverhältnisses als Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel erhebt die Handelskammer Hamburg heute eine Gebühr von 250,00 EUR die nur zu 54 Prozent kostendeckend ist. Würde sie heute eine kostendeckende Gebühr erheben, müsste sie über 450 EUR von ihren Mitgliedern verlangen. Die IHK Dortmund könnte jedoch mit 250,00 EUR bereits heute kostendeckend arbeiten.

Die Subventionierung der Gebühren nutzt nicht den Hamburgern Unternehmen – sie verdeckt lediglich bürokratische und ineffiziente Prozesse in der Handelskammer.

3. Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand

Man muss sich keiner Illusion hingeben – über freiwillige Beiträge wird die Handelskammer nicht das gleiche Beitragsaufkommen generieren wie mit Zwangsbeiträgen. Deshalb muss Verschwendung konsequent bekämpft werden.

Aber eine Handelskammer kann mit deutlich weniger Beiträgen ihre Aufgaben finanzieren – wie wieder ein Blick nach Hannover zeigt:



Die Handelskammer Hamburg kassiert bei jedem zahlenden Mitglied durchschnittlich 380,00 EUR, die IHK Hannover kommt mit 89,00 EUR aus. Der Anteil der vom Zwangsbeitrag befreiten Mitglieder liegt in Hannover (42%) deutlich über dem in der HK Hamburg (30%). Beide Kammern haben knapp 160.000 Mitglieder.

Die sparsam wirtschaftenden Hannoveraner kommen mit nicht mal einen Viertel der Beitragseinnahmen aus. Ja – bei Abschaffung der Zwangsbeiträge muss der Gürtel enger geschnallt werden – aber nach Weihnachten kann man sagen: Dazu ist genügend „Speck auf den Rippen“.

Wie stehen wir zu den Bedenken bei der Abschaffung der Zwangsbeiträge:

Die Handelskammer wird erpressbar durch große Beitragszahler?

Zu einer Erpressung gehören immer zwei: Unsere Plenarmitglieder werden sich nicht bei ihrer wirtschaftspolitischen Positionierung erpressen lassen – und wir sind uns sicher: Große Beitragszahler wie die HASPA oder Airbus werden die Handelskammer nicht erpressen.

Die Großen zahlen für die Kleinen – dieses Solidarsystem wird zerstört.

Die Geschichte des Solidarsystems gehört in das Reich der Schmidt-Trenzschens Märchen – es gibt kein solches Solidarsystem. Der Beitrag hängt vom Gewinn ab, und das bedeutet: Die meisten türkischen Obst- und Gemüsehändler zahlen mehr Beiträge als Apple, die meisten Cafés mehr als Starbucks. Und dieses Jahr zahlt ein VW-Händler mehr Zwangsbeiträge als der Konzern Volkswagen.

Was passiert, wenn keiner freiwillige Beiträge zahlen will?

Wir sind überzeugt, die Kammer in drei Jahren so fit zu machen, dass freiwillige Beiträge als relevante Einnahmequelle angesehen werden können. Wir wollen uns nicht von einem „Schreckensszenario Null freiwillige Beiträge“ leiten lassen.

Ein solches Schreckensszenario würde jeden Eingriff in die Freiheit des Einzelnen rechtfertigen:



- Was würde mit unserer Demokratie passieren, wenn niemand mehr in eine Partei eintreten würde? – Aber fordern wir deshalb Zwangsmitgliedschaft in Parteien? NEIN
- Was würde mit unseren Nationalmannschaften passieren, wenn keiner mehr Sport im Verein betreiben würde? Aber fordern wir deshalb Zwangsmitgliedschaft in Sportvereinen? NEIN
- Was würde mit unserem Brand- und Katastrophenschutz passieren, wenn keiner mehr in einer freiwilligen Feuerwehr mitarbeiten würde? Aber fordern wir Zwangsmitgliedschaft in Feuerwehren? NEIN

Eine freie Gesellschaft lebt mit Risiken – diese machen sie aber stark. Diese Risiken und Freiheiten haben die Freie und Hansestadt Hamburg in ihrer Geschichte stark gemacht.